

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 15 (1959)
Heft: 6

Artikel: Die UNO bedauert
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845596>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um die Stellungnahme zum Zivilschutz entbrannte eine lebhafte Diskussion. Nachdem den Schweizerfrauen durch die Abstimmung vom 1. Februar die politischen Rechte weiterhin versagt bleiben, fällt es vielen Frauen schwer, sich zur Uebernahme von Verpflichtungen in FHD und Zivilschutz zu entschliessen. Die meisten finden aber, dass die Frage des Stimmrechts nicht mit der Zivilschutzfrage verknüpft werden sollte. Es wird die dringende Notwendigkeit des Aufbaus eines Schutzes für die Zivilbevölkerung betont.

Zur Mittagsstunde führten Autocars die Gäste von den Ufern des blauen Sees hinauf auf die Höhe von Les Avants. Inmitten von blühenden Narzissenfeldern wurden in der Hütte des Frauenalpenclubs ein währschaftiges Picknick eingenommen und fröhliche Lieder gesungen. Ein plötzlicher heftiger Platzregen verhinderte zwar das Pflücken von grossen Narzissensträussen, trübte aber keineswegs die gute Laune der Stimmrechtsfrauen.

Am Abend trennte man sich in gehobener Stimmung: zwei Tage in der freien demokratischen Waadt hatte sichtlich allen wohlgetan. *L. U.*

Die UNO bedauert

„The commission received, with disappointment, the news of the failure of the Swiss electorate to grant suffrage to Swiss women in the recent referendum conducted there, but members were pleased to note that in the Canton of Vaud, the suffrage had been achieved.“

(Aus „international women's news“)

An ihrer 13. Tagung, welche die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 9.—27. März 1959 durchführte, wurde

das negative Ergebnis der schweizerischen Volksabstimmung über das Frauenstimmrecht lebhaft bedauert.

Es stand im auffälligen Gegensatz zu verschiedenen Fortschritten, die zu Gunsten der Besserstellung der Frauen in vielen Ländern erreicht worden sind — im Osten wie im Westen.

Natürlich wird uns aus dem Bedauern in der Kommission, die in New York tagte, nicht sofort ein Schaden erwachsen. Aber es ist für das Land, das als traditionelle Stätte der Freiheit, der Menschenrechte und der Demokratie gelten möchte, beschämend und auf die Dauer auch nachteilig, von einem internationalen Forum derart kritisiert zu werden.

Heute bleibt uns nichts anderes übrig, als dieses Urteil zur Kenntnis zu nehmen. Aber wir dürfen nicht einfach darüber hinweggehen, sondern müssen wissen, dass aus einem solchen Urteil eines Tages eine Verurteilung werden könnte. Darum können wir nicht ruhen, bis auch in unserm Land die politische Frauenfrage endlich gelöst ist.